

Rezension zu:  
**Henrik Enderlein: Nationale Wirtschaftspolitik in der europäischen Währungsunion**

Campus Verlag 2004, ISBN: 3-593-37474-9, 228 S.

von  
Egbert Scheunemann

Das hier anzuzeigende Buch von Henrik Enderlein (H.E.) unternimmt den zunächst erfreulichen Versuch, die wirtschaftspolitischen und speziell stabilitäts- bzw. konjunkturpolitischen Anpassungsversuche von (bis zu) 13 europäischen Staaten an die Erfordernisse der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) in vergleichender Perspektive darzustellen. Die Bremer Dissertation, die alle „Entwicklungen bis Ende 2001“ (S. 11) berücksichtigt und also primär die *Vorbereitungen* der genannten Staaten auf die EWWU thematisiert (und dementsprechend weniger bzw. nicht die *Auswirkungen* der EWWU auf diese Länder seitdem), geht dabei von dem Gedanken aus, dass eine Währungsunion nicht identisch ist mit einem Wirtschaftsraum, in dem fortan die Preise aufgrund der zentralisierten Geldpolitik durch die Europäische Zentralbank (EZB) überall gleich schnell oder langsam steigen würden. Gerade aus der Spannung zwischen zentralisierter Geld-, und das heißt vor allem: Zinspolitik der EZB (H.E. spricht diesbezüglich von einer „One-size-fits-all-Politik“, S. 209) und national unterschiedlichen Inflationsraten (eher hoch z.B. in Spanien oder Irland, eher niedrig in Frankreich oder Deutschland) und damit vor allem national unterschiedlichen *Realzinsen* (Differenz zwischen zentralisiertem Nominalzins und dezentralen Inflationsraten) resultieren neue konjunkturelle Probleme. Weil den EWWU-Ländern die Geld- und Zinspolitik aus den Händen genommen wurde, bleiben ihnen, so H.E., nur noch die Fiskal- und Lohnpolitik, um die wachstumsschwächende Wirkung hoher bzw. den förderlichen Effekt niedriger Realzinsen stabilitäts- und konjunkturpolitisch zu kompensieren. In Form einzelner Länderstudien zeigt H.E. dann auf, wie (mehr oder minder) erfolgreich diese Staaten dabei waren, ihre wirtschaftspolitischen Institutionen (Stellung der Zentralbanken, Haushaltsgesetzgebung, Lohnfindungssystem etc.) im Sinne einer wirtschaftspolitisch tendenziell schlagkräftigeren Zentralisierung der Entscheidungs- und Durchführungskompetenzen zu reformieren.

Gemessen am Mainstream der volkswirtschaftlichen, makroökonomischen und vor allem natürlich wirtschaftspolitischen Standardlehrbücher wäre es viel zu hart zu sagen, dass H.E.'s Buch nicht ganz frei ist von Erkenntnisgewinn und auch heuristischem Wert. Aber H.E. reduziert wie dieser Mainstream in einer Weise die Inhalte dessen, was Wirtschaftspolitik (theoretisch wie praktisch) ist bzw. sein könnte, dass ihr Wert in Hinblick auf eine theoretisch gehaltvolle Anleitung realer Wirtschaftspolitik gegen Null tendiert: Wirtschaftspolitik ist, so erfahren wir, Geldpolitik, Fiskalpolitik und Lohnpolitik. Das ist klassisch. Und nicht vollkommen falsch. Aber dramatisch zuwenig!

Ich möchte, bevor ich auf einige weniger zentrale Defizite zu sprechen komme, diesen doch heftigen Vorwurf an DEM zentrale Defizit dieses Mainstreams und also auch von H.E.'s Arbeit aufzeigen: Konjunktur- und Stabilitätspolitik (wenn wir von der Geldpolitik, die ja in den Hoheitsbereich der brav monetaristisch agierenden EZB entrückt ist, mal absehen) erscheint im (neo-)klassischen Mainstream fast ausschließlich als (1.) *Fiskalpolitik*, die im Sinne des „deficit spending“ (S. 205) Schulden machen kann, um die Konjunktur anzukurbeln (was wiederum Zinsen und auch die Inflation treibt), oder die eine restriktive Sparpolitik betreibt (Haushaltskonsolidierung), um etwa die Maastrichtkriterien des europäischen Stabilitätspaktes zu erfüllen – und/oder sie erscheint als (2.) mäßigende *Lohnpolitik* (vom sanften Einwirken auf die Gewerkschaften

bis hin zu gesetzlichen Lohnstopps), um eine Lohn-Preis-Spirale (warum spricht eigentlich nie jemand von einer Gewinn-Preis-Spirale?) zu verhindern. Wir erfahren etwa, dass „Lohnzurückhaltung und (ganz pauschal!!, E.S.) Steuersenkungen“ geeignet seien, um einer „Rezession“ erfolgreich begegnen zu können (S. 126).

Was aber, wenn die Steuern im oberen Einkommensfünftel gesenkt werden (Spitzensteuersatz) – also dort, wo die Sparquote sehr hoch und die Konsumquote sehr gering ist? Und was, wenn die Gegenfinanzierung über „Lohnzurückhaltung“ und Sozialabbau erfolgt, also dort, wo die Sparquote extrem gering ist, die Konsumquote aber sehr hoch? Es scheint H.E. und dem neoliberalen Mainstream irgendwie nicht in den Sinn zu kommen, dass eine EINKOMMENSUMVERTEILUNG von den Gewinneinkommen (G) zu den Lohneinkommen (L) (oder umgekehrt) INNERHALB des gegebenen Topfes (Sozialprodukt Y) wirtschaftlich weit DRAMATISCHERE Auswirkungen haben kann und hat, als finanzpolitisch-monetäre Aufblähungen („deficit spending“) oder Restriktionen (Sparpolitik) dieses Topfes *selbst*.

Aufgrund der Tatsache, dass die Unternehmer ihre Preise tendenziell täglich erhöhen können, die Löhne aber in der Regel nur ein mal pro Jahr festgesetzt werden, folgt in der Tat, dass Lohnerhöhungen, die über das Produktivitätswachstum hinausgehen, fast immer einfach hinweginflationiert werden. Aber Lohnerhöhungen bzw. -senkungen sind nicht der einzige Weg,  $G/Y$  und damit  $L/Y$  zu beeinflussen: Der Staat kann via Einkommens- und Gewinnsteuern in all ihren Formen (Unternehmer- und Unternehmenssteuern, Zinsbesteuerung etc.) die Verteilung des Sozialproduktes steuern (soziale Umverteilung durch Steigerung der Quote sozialen Konsums  $St/Y$ ), *ohne* damit die Löhne als Kostenfaktoren in irgend einer Weise tangieren zu müssen – ja wenn die Finanzierung des Sozialsystems vom Beitrags- auf das allgemeine Steuerprinzip umgepolt wird, können die Bruttolöhne (nicht die Nettolöhne!) sogar sinken und die Unternehmen (und nicht unbedingt die Unternehmer!) sogar kostenmäßig entlastet werden. Und nochmals, weil so wichtig: Ob eine Milliarde oder zehn oder hundert Milliarden Euro in Richtung „oben“ oder in Richtung „unten“ umverteilt werden, hat DRAMATISCH DIVERGENTE volkswirtschaftliche und wachstumspolitische Folgen!

Aufgrund der kontinuierlich steigenden Produktivität, also der Tatsache, dass die Investitionsgüter (I), größtenteils finanziert aus den Gewinnen (G), mit *relativ* immer *weniger* Aufwand immer *mehr* produzieren können, hätte langfristig ein SINKEN der Gewinnquote  $G/Y$  resultieren können und müssen – real ist die *Lohnquote*, etwa in Deutschland, aber gefallen und gefallen und hat inzwischen den Wert Ende der 1960er Jahre erreicht!

Von diesen WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN Zusammenhängen ist bei H.E. nichts, aber auch gar nichts zu lesen! Und ich möchte abschließend nur noch einige andere Faktoren fragend aufzählen, die wirtschafts-, konjunktur-, arbeitsmarkt- und wachstumspolitisch höchstgradig relevant sind, bei H.E. aber keinerlei Erwähnung finden:

Wie haben sich die Arbeitszeiten (pro Tag, pro Woche etc.) in den untersuchten Ländern entwickelt? Wie hoch ist die Teilzeitlerquote? Wie entwickelten sich Arbeits- und Kapitalproduktivität? Wie die Exportüberschüsse bzw. –defizite? Ist die Bevölkerungszahl gestiegen oder gefallen, und welche Auswirkungen hatte das auf das Pro-Kopf-BSP-Wachstum? Wie hoch sind die gesamtwirtschaftlichen und speziell die staatlichen Forschungs- und Entwicklungsausgaben pro Kopf der Bevölkerung? Wie werden spezielle Politikbereiche wirtschaftspolitisch instrumentalisiert (Umweltschutzgesetzgebung etc.)? Wie werden in den verglichenen Staaten die Sozialsysteme finanziert – über das allgemeine Steuersystem oder über Lohnkosten treibende Beiträge? Inwiefern hat die neoliberale Deregulierung auch zu einer konjunkturellen Destabilisierung geführt? Wie hoch sind die als stabilitätspolitische Anker einzuschätzenden Sozial- und Staats-

quoten in den einzelnen Ländern? Und was sollen Wirtschaftspolitiker tun angesichts der Tatsache, dass das Zinsinstrument (den Realzinsen weist H.E., wie gesagt, DIE zentrale Bedeutung seiner wirtschaftspolitischen Überlegungen zu) wunderbar dazu geeignet ist, eine gutlaufende Konjunktur (mittels dramatischer Zinssteigerungen) abzuwürgen – aber *allein* wenig dazu geeignet, aus einer Rezession wieder herauszukommen (kein Unternehmer nutzt noch so billiges Geld, um zu seinen zehn hochgradig unterausgelasteten Maschinen eine elfte überflüssigerweise hinzuzufügen)? Wir finden auf all diese wirtschaftspolitisch *hochvirulenten* Fragen bei H.E. keinerlei Antwort.

---